

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	17
Einleitung und Problemaufriss.....	23
1. Kapitel: Die Vereinsautonomie und ihre Schranken im deutschen Recht.....	29
I. Der Verein.....	29
1. Definition.....	29
2. Wesen des Vereins	30
3. Abgrenzungen für den weiteren Verlauf der Untersuchung.....	30
a) Keine Untersuchung wirtschaftlicher und nicht eingetragener Vereine	30
b) Sportvereine und -verbände, die als Kapitalgesellschaften organisiert sind.....	31
c) Ausländische Vereine und Verbände	33
II. Der Verband	34
1. Definition.....	34
a) Interdisziplinäre Relevanz des Begriffes.....	34
b) Vereinsrechtliche Definitionsmöglichkeiten	34
2. Mögliche Verbandszwecke	35
III. Die Vereinsautonomie	36
1. Begriffsdefinition.....	36
a) Begriffsdefinitionen außerhalb des Vereinsrechts	37
aa) Völkerrechtliche Bedeutung.....	37
bb) Öffentlich-rechtliche Bedeutung.....	37
b) Privat- und vereinsrechtliche Definition	39
c) Vergleich der Definitionen	39
2. Sinn einer autonomen Rechtsgestaltung.....	40
3. Rechtsgrundlagen der Vereinsautonomie.....	41
a) Privatrechtliche Begründungsansätze.....	42
aa) Einfachrechtlicher Begründungsansatz aus §§ 25, 40 BGB	42
bb) Gewohnheitsrechtlicher Begründungsansatz.....	43
cc) Abstellen auf die Privatautonomie.....	44
b) Verfassungsrechtlicher Begründungsansatz	45
c) Art. 9 Abs. 1 GG als maßgeblicher Anknüpfungspunkt für die Vereins- autonomie	47

IV. Formen der Vereinsautonomie.....	50
1. Allgemeines.....	51
2. Satzungsautonomie	52
a) Begriff der Satzung.....	52
b) Rechtsnatur der Satzung.....	54
aa) Normentheorie und modifizierte Normentheorie	55
bb) Vertragstheorie	56
cc) Argumente	57
dd) Folgerungen.....	57
c) Wirkungen von Satzungsbestimmungen auf Dritte.....	58
3. Maßnahmen der Selbstverwaltung.....	61
V. Grenzen der Vereinsautonomie.....	63
1. Verfassungsrechtliche Schranken der Vereinigungsfreiheit	63
2. Einfachrechtliche Grenzen einzelner Vereinstätigkeiten und gerichtliche Kontrolldichte im Bereich des allgemeinen Zivilrechts	65
a) Rechtshistorischer Rückblick.....	65
b) Aktueller Stand der Rechtsprechung	67
aa) Vereinsstrafen und Vereinsausschluss.....	67
bb) Aufnahmewang	68
cc) Inhaltskontrolle von Satzungsbestimmungen gemäß § 242 BGB und AGB-Recht	69
dd) Ausschluss des Rechtswegs zu staatlichen Gerichten.....	70
c) Auffassungen in der Literatur zu den Grenzen der Vereinsautonomie	71
aa) Ursprüngliche Normentheorie	72
bb) Vertragstheorie.....	72
cc) Einordnung der Auffassungen von BGH und überwiegender Lehre	73
d) Vergleich mit dem öffentlichen Recht.....	74
e) Kritische Würdigung und Folgerungen für den weiteren Verlauf der Untersuchung.....	76
aa) Maßgeblichkeit des Art. 9 Abs. 1 GG ohne einfachrechtliche Ausge- staltung.....	76
bb) Konsequenzen der verfassungsrechtlichen Sicht	78

cc) Anwendbarkeit der rechtsgeschäftlichen Normen.....	80
dd) Konzeption für die Fälle der Gesetzeswidrigkeit.....	81
ee) Vergleich dieser Auffassung mit den Gründen und Ergebnissen in der Rechtsprechung.....	82
(1) Aufnahme von Vereinen in Verbände	82
(2) Ausbildungsentschädigungen im Amateurfußball.....	83
(3) Transferentschädigungen bei vertragslosen Spielern	85
(4) Überprüfung von Nominierungen zu internationalen Wettkämpfen	87
VI. Zusammenfassung.....	88
2. Kapitel: Die Gewährleistung der Vereinsautonomie im europäischen Recht	91
I. Die Vereinsautonomie nach der EMRK	92
1. Schutzbereich	92
a) Persönlicher Schutzbereich.....	92
b) Sachlicher Schutzbereich	93
2. Grenzen der Vereinsautonomie.....	95
3. Schutzpflichten und Drittwirkung.....	96
4. Vergleich mit und Folgerungen für das nationale Recht	97
II. Die Vereinsautonomie im Unionsrecht.....	98
1. Grundrechtliche Gewährleistung.....	98
a) Art. 12 Abs. 1 GRC.....	99
aa) Schutzbereich	100
(1) Sachlicher Schutzbereich	100
(2) Vereinsautonomie als Teil des Schutzbereichs der Vereinigungsfreiheit ..	100
(a) Standpunkt des EuGH	101
(b) Ansätze in der Literatur	102
(c) Ergebnis	103
bb) Rechtfertigung von Eingriffen nach der Grundrechtecharta.....	103
b) Die Vereinigungsfreiheit aus den ungeschriebenen EU-Grundrechten	104
c) Wirkung der Gemeinschaftsgrundrechte im Verhältnis zwischen Privaten.....	105
d) Einzelne Fälle aus der Rechtsprechung des EuGH (mit Bezug zur Vereinsautonomie)	106
(1) Bosman-Urteil.....	107

(2) Deliège-Urteile	108
(3) Lehtonen-Urteil	109
(4) Bernard-Urteil	110
(5) Weitere Urteile mit Vereinsbezug	112
e) Folgerungen und Einbau in ein konsistentes System	112
2. Die besonderen Belange des Sports	116
a) Wortlaut	117
aa) Art. 165 AEUV als Förderkompetenz der Gemeinschaft	117
bb) Berücksichtigung der besonderen Merkmale des Sports	117
b) Systematik	120
c) Historie und Wille der Vertragsstaaten	121
d) Telos	122
e) Ergebnis	123
III. Zusammenfassung und Folgerung	124
3. Kapitel: Vereinsautonomie und Außenverhältnis	127
I. Problemaufriss	127
1. Verhältnis des Verein zu seinen Mitgliedern	128
2. Verhältnis des Vereins nach außen	129
3. Konsequenzen	131
II. Eigener Lösungsansatz	137
1. Allgemeines	137
2. Kriterien der Einordnung	138
3. Die drei Stufen vereinsautonomer Berührungspunkte	139
a) Vereinsautonome Sachverhalte im engeren Sinn (Kernbereich)	139
b) Vereinsautonome Sachverhalte im weiteren Sinne	142
c) Sachverhalte des allgemeinen Rechtsverkehrs mit vereinsautonomer Motivation	146
4. Mögliche Kritik an dem Drei-Stufen-Modell	150
5. Rechtliche Folgerungen der Stufentheorie	152
III. Zusammenfassung der Ergebnisse	154

4. Kapitel: Kartellrechtliche Beschränkungen der Vereinsautonomie.....	157
I. Kartellrecht als Beschränkungsmöglichkeit der Vereinsautonomie	157
1. Schutzgut des Kartellrechts	158
a) Schutz des Wettbewerbs vor Beschränkungen als Ziel des Kartellrechts	158
aa) Begriff des Wettbewerbs	158
bb) Schutzwürdigkeit des Wettbewerbs und der „more economic approach“ ..	163
b) Abgrenzungen zu anderen Regelungsmaterien.....	166
aa) Kartellrecht und Lauterkeitsrecht	166
bb) Sektorale Regelungsbereiche.....	168
c) Freier Wettbewerb und Wettbewerbsfreiheit	169
2. Die Zielsetzung des Kartellrechts als Schranke des Art. 9 Abs. 1 GG	173
a) Der freie Wettbewerb als verfassungsrechtlich geschütztes Gut?.....	175
b) Keine Anwendung auf unionsrechtliche Sachverhalte	176
c) Rechtslage nach der Harmonisierung im Rahmen der 7. GWB-Novelle	177
3. Die Zielsetzung des Kartellrechts als Schranke des Art. 12 GRC	179
a) Einschränkungen nach der Grundrechtecharta	180
aa) Schutz des freien Wettbewerbs als Institution.....	181
bb) Schutz der Wettbewerbsfreiheit	185
(1) Die Grundfreiheiten als „Rechte anderer“	185
(2) Die grundrechtliche wirtschaftliche Betätigungsfreiheit.....	186
b) Einschränkungen nach den ungeschriebenen Unionsgrundrechten	191
4. Ergebnis	191
II. Anwendbarkeit des Kartellrechts auf Vereine.....	192
1. Die räumliche Anwendbarkeit des deutschen und europäischen Kartellrechts und deren Verhältnis zueinander	192
a) Die generellen Regelungen zur räumlichen Anwendbarkeit	192
b) Folgerungen für die Anwendbarkeit des Kartellrechts auf Tätigkeiten deutscher Idealvereine	195
c) Regelungen zur Kollision von europäischem und nationalem Kartellrecht.....	198
2. Die sachlich-persönliche Anwendbarkeit: Vereine als Unternehmen im Sinne des Kartellrechts.....	199
a) Ausgangslage im Unionsrecht	199

b) Ausgangslage im deutschen Recht	202
aa) Herkömmlicher Unternehmensbegriff des GWB.....	202
bb) Einfluss des europäischen Rechts auf den Unternehmensbegriff des GWB?.....	202
c) Einordnung der Idealvereine als Unternehmen im Sinne des Kartellrechts	205
aa) Die Grundsätze	206
bb) Das Problem rein nachfragender Tätigkeiten	207
cc) Die Abgrenzung von rein ideellen Zwecken	209
dd) Vereinsmitglieder als Unternehmen	210
ee) Verbände als Unternehmensvereinigungen oder Unternehmen	211
3. Bereichsausnahmen zugunsten der Vereinsautonomie?	213
a) Problemstellung	213
b) Vergleich mit anderen Tätigkeiten, die nicht den Wettbewerbsregeln unter- fallen	215
aa) Landwirtschaft.....	215
bb) Preisbindung bei Zeitungen und Zeitschriften.....	216
cc) Tarifverträge	216
dd) Tätigkeiten auf sozialem Gebiet.....	220
ee) Folgerungen.....	225
c) Diskussionen um eine generelle Bereichsausnahme für den Sport.....	228
d) Die Regelung des § 31 GWB a.F.....	234
e) Übertragung auf alle Idealvereine und Einbau der Drei-Stufen-Theorie	236
4. Zusammenfassung.....	240
5. Kapitel: Die einzelnen Kartellrechtstatbestände im Lichte der Vereinsautonomie	243
I. Fallgruppe des Kartellverbots, Art. 101 AEUV und § 1 GWB	243
1. Der Tatbestand des Kartellverbots	243
a) Die Maßnahmen der Wettbewerbsbeschränkung.....	244
aa) Vereinbarungen zwischen Unternehmen	244
bb) Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen.....	245
cc) Abgestimmte Verhaltensweisen	246
dd) Anwendung auf Vereinstätigkeiten	247
b) Die Wettbewerbsbeschränkung und ihre Spürbarkeit	249

2. Tatbestandsrestriktionen oder Rechtfertigung aufgrund der Vereinsautonomie?.....	252
a) Allgemeines.....	252
b) Die sog. rule of reason	252
c) Mögliche Übertragung der Gedanken der konzerninternen Beschränkungen und der Arbeitsgemeinschaften	254
d) Die Beachtung außerwettbewerblicher Zielsetzungen im Kartellrecht	256
aa) Die Zulässigkeit der Geltendmachung außerwettbewerblicher Gründe	257
bb) Tatbestandsrestriktion aufgrund des Immanenzgedankens	258
cc) Der Freistellungstatbestand	261
dd) Die Vorzüge einer Rechtfertigungslösung.....	262
e) Einbau der Drei-Stufen-Theorie in den Abwägungsvorgang	265
3. Die Regelungen zu Dopingvergehen im Sport.....	266
4. Die zentrale Vermarktung von Fernsehrechten im Sport	270
a) Die Ausgangslage.....	270
b) Die Frage des Rechteinhabers und die Folgerung für das Vorliegen einer Wettbewerbsbeschränkung.....	272
aa) Die Inhaberschaft an den Übertragungsrechten	272
bb) Die Folgerungen aus der gemeinsamen Inhaberschaft	275
(1) Die Single-Entity-Theorie und die Frage des Konzernprivilegs	275
(2) Das Vorliegen einer BGB-Gesellschaft.....	277
(3) Die Annahme einer Bruchteilsgemeinschaft.....	278
(4) Ergebnis.....	279
c) Die Frage der Wettbewerbsbeschränkung und ihre Rechtfertigung	279
aa) Die Wettbewerbsbeschränkung und die Definition der relevanten Märkte	279
bb) Modelle zur Einschränkung der Annahme einer Wettbewerbsbeschränkung.....	282
cc) Die Lösung über Art. 101 Abs. 3 AEUV bzw. § 2 Abs. 1 GWB.....	284
dd) Der ungeschriebene Rechtfertigungsgrund aufgrund der Vereinsautonomie.....	288
5. Zusammenfassung.....	289

II. Fallgruppe der Missbrauchskontrolle.....	290
1. Der Regelungszweck und die Tatbestände der Missbrauchskontrolle	290
a) Marktmacht und Marktabgrenzungen.....	291
aa) Allgemeines.....	291
bb) Besonderheiten der Verbandsstrukturen	293
b) Die missbräuchlichen Verhaltensweisen	298
aa) Allgemeines sowie die Missbrauchstatbestände von Art. 102 AEUV und § 19 GWB.....	298
bb) Die weiteren verbotenen Verhaltensweisen nach dem GWB.....	300
cc) Platz für ideelle Zielsetzungen in diese Grundsätze	302
c) Die geschützten Personenkreise	302
2. Die Beachtung ideeller Zwecksetzungen bei der Missbrauchskontrolle.....	303
a) Die allgemeinen Rechtfertigungsmöglichkeiten	303
b) Die Zulässigkeit der Beachtung außerwettbewerblicher Rechtfertigungs- gründe.....	305
c) Die systematische Stellung ideeller Rechtfertigungsmöglichkeiten in der Missbrauchsaufsicht.....	306
3. Betrachtung anhand der in der Einleitung aufgeworfenen Fallgestaltungen	309
a) Zulassungsentscheidungen.....	309
b) Erbringung von Vereinsleistungen	312
c) Verbandsorganisation	314
4. Die Fälle des Aufnahmewzangs.....	316
a) Persönlicher Anwendungsbereich	317
b) Interessensabwägung im Einzelfall	319
c) Beispiele aus der Rechtsprechung.....	323
d) Geltung der vorgenannten Grundsätze auch für Ausschlüsse	325
5. Zusammenfassung.....	325
III. Fusionskontrolle	326
IV. Beweislastverteilung bei ideellen Rechtfertigungen	327
6. Kapitel: Zusammenfassung der Ergebnisse der Arbeit	331
Literaturverzeichnis	337